

Aktion Menschenstadt

Ein diakonisch integratives Konzept für Gemeinde und Gesellschaft

Heike Knops

Zeugnis geben von der Würde des Menschen – auf diese gemeinsame Perspektive haben sich 1997 die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der EKD geeinigt. So jedenfalls kann man es in der Erklärung der beiden Kirchen »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit« nachlesen (1997, 40). Darin beschreiben sie Ziele und Wege zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft und benennen ihre eigenen Aufgaben. Eine wesentliche besteht darin, »der Bewegung Gottes« zu folgen, »der sich vorrangig den Armen, Schwachen und Benachteiligten zugewandt hat, damit alle Leben in Fülle haben (Joh 10,10)« (ebd., 9f.). Entsprechend wird der Einsatz für Menschenrechte und -würde, für Gerechtigkeit und Solidarität als »für Kirche konstitutiv« bezeichnet (ebd., 42).

Biblisches Verständnis vom Menschen und Gottes neue Welt

Zur Realisierung der genannten Zielformulierungen müssen die Kirchen neue Wege anlegen. Eine theologische Grundlage dafür bieten das biblische Verständnis vom Menschen und die Hoffnung auf Gottes neue Welt, die statt Technik und Wirtschaftlichkeit den Menschen zum Maßstab erhebt und die Würde und Rechte jedes Einzelnen achtet. Dabei geht es nicht allein um die formale Wahrung der Menschenrechte. Für die Bibel wesentlich ist die ganzheitliche Erfassung von Menschsein im privaten wie gesellschaftspolitischen Sinn. Der Mensch wird in der Prozesshaftigkeit seines Daseins beschrieben, das Leiden, Krankheit, Alter und Tod mit einschließt, sowie in der Beziehung zu Gott, zu sich selbst und zu anderen.

Von daher lässt sich der Wert des Lebens anders als in unserer Gesellschaft üblich nicht an Leistungsfähigkeit und Gesundheit messen, sondern beruht auf der Ebenbildlichkeit Gottes und der Beschreibung allen Lebens inmitten von anderem Leben und in kooperativer Beziehung dazu (vgl. z. B. Genesis 1,20-30: Bei der Schöpfung wird Menschen und Tieren Lebensraum und Nahrung zugewiesen, und sie werden in Beziehung zueinander gesetzt). Gesellschaftspolitisch etablieren Solidarität und Gerechtigkeit die Gott gewollte Gemeinschaft unter den Menschen. Darin gebührt allen Menschen, egal wie unterschiedlich oder eingeschränkt in ihren Lebensäußerungen sie sein mögen, ein gleichrangiger Platz.

Dies ist ein fremder Gedanke in einer Welt, die auf Teilung und Differenzierung basiert, in der die gesellschaftliche Teilhabe von persönlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten abhängt und Reichtum und Armut dauerhaft festgeschrieben zu sein scheinen!

Eine dem biblischen Menschenbild korrespondierende Praxis aktualisiert sich somit sowohl in einer durchgängigen Integration benachteiligter, kranker, behinderter und alter Menschen als auch in deren voller Partizipation an der Gestaltung und Entwicklung von Kirche und Gesellschaft unter den Leitgedanken der Solidarität und Gerechtigkeit.

Die Qualität eines solchen neuen Miteinanders von Christinnen und Christen fasst der Theologe Karl Barth unter den Terminus der Versöhnung. Nach seinem Verständnis der Bundespartnerschaft sind Christen in ihrem diakonischen Handeln »Mittäter« der Versöhnung, indem sie Zeugen des versöhnenden Gottes und des versöhnten Menschen in der Welt sind. Christliches Handeln verbindet die Solidarität mit dem anderen und dem Respekt vor dem anderen und soll als menschliches Tun anzeigen, dass Gottes Partnerschaft jedem Menschen gilt (Barth 1946, 7–12; 1959, 286).

Mit demselben theologischen Terminus beschreibt der Diakoniewissenschaftler Theodor Strohm (1989, 179) das integrative Moment einer diakonischen Gemeinde. Versöhnung als Lebensform der Gemeinde und Handlungsziel diakonischer Arbeit gibt Zeugnis »von Gottes Schalom in der Welt« und weist in »eine Richtung hin auf den kommenden Schalom des Messias« (ebd., 206f.). Gottes Versöhnungshandeln dient auch Ulrich Bach, Pfarrer und selbst von Behinderung betroffen, als deutliche Begründung der Zusammengehörigkeit von Starken und Schwachen (Bach 1991, 184f.).

Das biblisch-theologische Fundament steht also. Es fehlt die praktische Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse, vielleicht auch der Mut, bekannte Wege zu verlassen und aufzubrechen ins Unbekannte mit der Vision von einer anderen versöhnten Welt. Insofern gebührt dem Projekt »Aktion Menschenstadt« in Essen besondere Aufmerksamkeit. Das Behindertenreferat des Stadtkirchenverbandes unternimmt es, neue Wege zu bahnen und eine stadtweite Integration zu praktizieren und politisch zu flankieren.

| »Aktion Menschenstadt« in Essen

Die Projekte der Aktion Menschenstadt hat maßgeblich Klaus von Lüpke vom genannten Behindertenreferat theologisch reflektiert und in Arbeitspapieren und Buchform dokumentiert. Im Zusammenhang mit der Forderung nach Integration bzw. Nicht-Aussonderung von Menschen mit Behinderung kritisiert er die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse unter dem Aspekt der Gerechtigkeit und sucht nach einem umfassenden Frieden. Nur wenn alle Menschen gleichermaßen volle Teilhabe an der Gemeinschaft und die Möglichkeit der Mitgestaltung von Gesellschaft haben, geschieht Gerechtigkeit. Nur wenn auch der Schwächste einen Platz in der Gemeinschaft

findet, wächst für alle der Frieden (Lüpke 1997, 8). So setzt Klaus von Lüpke gewissermaßen gegen die Rede vom günstigen Wirtschaftsstandort die Forderung einer Menschenstadt – einer Stadt, die den Menschen und seine Bedürfnisse zum Maßstab hat. Der Mensch in seiner Vielfalt und Unterschiedlichkeit wird zur Gestaltungsgrundlage für eine gesellschaftliche Umstrukturierung in allen Lebensbereichen.

Integration und volle Partizipation an der Gesellschaft nennt Klaus von Lüpke »notwendig und zukunftsbedeutsam« für die Gesamtheit der Menschen, denn unsere an Leistung und Ökonomie orientierte Gesellschaft bedrückt letztlich alle. Sie verhindert wirkliche Lebensqualität, die sich »in der Geborgenheit, in dialogischer Beziehung, im Miteinander der Verschiedenen und Sicherheit und Frieden in der Praxis von Solidarität« (ebd., 2) aktualisiert.

Daraus erwachsen die Eckdaten der Aktion Menschenstadt: selbstbestimmtes Leben und gleichberechtigtes Miteinander! Dies wird realisiert durch:

1. Beratungsstellen und politische Interessenvertretung;
2. persönliche Assistenzdienste als aufsuchende Dienste in allen Lebensbereichen;
3. veränderte Strukturen des Zusammenlebens. Darunter werden die gemeinsame Erziehung aller Kinder in Kindergärten und Schulen subsumiert, die Zusammenarbeit in gemeinschaftlichen Betrieben, das Wohnen in eigenen Wohnungen oder Wohngemeinschaften, die gemeinsame Teilhabe und Mitwirkung an Stadtteil- und Breitenkultur sowie ein Assistenzleistungsgesetz mit angemessenen Leistungen je nach individuellem Bedarf und ein Grundeinkommen bei Ausfall gleichberechtigter Arbeitsvergütung.

An diesen Zielvorstellungen arbeiten die Einzelprojekte der Aktion Menschenstadt bereits. Zu ihrem Grundsatz gehört ein effektives Zusammenspiel von Eigenleistung und Solidarleistung. Ein Standbein bilden gesamtgesellschaftliche Finanzierungsleistungen wie Spenden, Stiftungen und Steuern; das andere sind Selbsthilfe und Eigenarbeit eines jeden Beteiligten sowie auch unbezahltes, auf persönlichen Beziehungen basierendes Engagement Dritter (Lüpke 1996, 7). Dies erscheint Klaus von Lüpke einerseits als beste Voraussetzung, um die Qualität der Lebenssituation von Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, zu verbessern; andererseits stellt die Aktion Menschenstadt damit nicht nur Anforderungen an den Staat, sondern will ganz bewusst das Zusammenwirken von bezahlten und unbezahlten Diensten fördern.

Letztlich verbindet sie die praktische Arbeit im jeweiligen Bereich mit politischem Engagement für das größere Ganze der Entwicklung einer menschlicheren Stadt für alle (ebd., 8).

| Einzelprojekte der Aktion Menschenstadt

Ansatzpunkte für die konkreten Einzelprojekte wie für das politische Engagement der Aktion Menschenstadt sind die Lebensbereiche Familie, Bildung, Freizeit, Wohnen und Arbeiten. Hier sollen im politischen Dialog

und mit entsprechenden Projekten vor Ort Anstöße gegeben werden für eine integrative Stadtteil-, Gemeinde- und Jugendarbeit sowie integrative Zusammenarbeit in Produktionsstätten und Dienstleistungsbetrieben. Die Integration in diesen zentralen Lebensbereichen soll zu größerer Vielfalt und Lebendigkeit in der menschlichen Gemeinschaft anregen und die Lebensqualität aller in der Stadt steigern. Die besondere Situation von Menschen mit Behinderung wird dabei durch die ambulanten Familienunterstützungs- und Integrationsförderungs-Dienste für Menschen mit Behinderung (FID) so ausgeglichen, dass eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Lebensgestaltung und Teilhabe an der Gemeinschaft möglich wird. Die FID verstehen sich als Ergänzung zu den privaten Hilfeleistungen, die als Ausdruck persönlicher Beziehung und Gemeinschaft im Umfeld von Menschen mit Behinderung meist schon bestehen. Diese unbezahlten familiären oder nachbarschaftlichen Hilfen sollen gefördert werden, ohne sie über Gebühr zu beanspruchen. Einer solchen Förderung dient der Ausbau von Begegnungs- und Gemeinschaftsangeboten, die letztlich zu einer besseren kulturellen und einer tragfähigeren sozialen Infrastruktur führen (ebd., 4).

Im Folgenden sollen Konkretionen, Zielvorstellungen und politische Forderungen der Essener Aktivitäten in den jeweiligen Lebensbereichen dargestellt werden.

| *Lebensbereich Familie*

Das Familienleben mit einem Angehörigen mit Behinderung ist das traditionelle Modell des Miteinanders und Zusammenlebens Verschiedener. Die besonderen Probleme und Belastungen in der Kleinfamilie oder bei Alleinerziehenden drohen dieses Modell zu kippen. Familien- und sozialpolitische Maßnahmen müssen dem entgegenwirken, sodass jede solcher Familien Entlastung und Solidarität erfährt. Klaus von Lüpke (1994, 38 f.) plädiert hier für:

- einen Rechtsanspruch auf alltagspraktische Hilfsleistungen für ein Kind mit Behinderung und für seine Familie;
- einen Rechtsanspruch auf einen integrativen Kindertagesstättenplatz und integrativen Schulbesuch;
- ein umfassendes Assistenzleistungsgesetz (Ausbau von persönlichen Assistenzdiensten für Menschen mit Behinderung, damit sie wahlweise in der Familie, einer Wohngemeinschaft oder allein leben können).

Mit den konkreten Angeboten der FID (Behindertenreferat 1998) macht die Aktion Menschenstadt einen Vorstoß in diese Richtung. Sie sind am jeweiligen Bedarf des Menschen mit Behinderung orientiert. Es gilt, die Behinderung auszugleichen und die selbst gewählte Lebensform zu ermöglichen.

| Lebensbereich Bildung

Unser derzeitiges Schulsystem sieht Klaus von Lüpke als dringend reformbedürftig an. Denn »die siegreichen Absolventen eines Schulsystems, das einseitig der Förderung der technischen Intelligenz dient, werden die zukünftigen Ausbeuter und Unterdrücker aller Schwächeren sein, wenn sie nicht irgendwo und irgendwann zumindest eine Ahnung von dem Wert gewonnen haben, den partnerschaftliche Kommunikation und mitmenschliche Solidarität auch für sie selber haben« (Lüpke 1994, 42). Diese Werte fördert das Miteinander-leben-Lernen in der gemeinsamen Schule für alle. Jedoch sollen die Mitschülerinnen und Mitschüler mit Behinderung nicht deshalb dabei sein, damit die anderen eine einseitige Helferrolle erlernen oder einen persönlichen Reifungsprozess durchleben. »Vielmehr soll die Vielfalt der Wechselbeziehungen erfahren werden, und die Schüler sollen sich gegenseitig in der Entwicklung einer partnerschaftlichen Kommunikationskultur und Solidaritätspraxis fördern« (ebd.). So dient zieldifferente Integration in der Schule den übergeordneten Bildungszielen: Menschlichkeit, Kommunikationskultur und Solidarität. Langfristig werde, nach Klaus von Lüpke, so der Stigmatisierung von Menschen mit Behinderung und allen daran hängenden Folgen vorgebeugt.

Im Bereich der Bildung stehen die FID mit Kommunikationshilfen, psychosozialen Hilfen, Mobilitätshilfen, kulturtechnischen und sozialpädagogischen Hilfen zur Verfügung. So begleiten und unterstützen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FID die Integration in Regelkindergärten, Schulen und an Ausbildungsplätzen.

| Lebensbereich Freizeit

Die Freizeitsituation der meisten Menschen mit Behinderung ist nach wie vor gekennzeichnet durch Passivität und Einsamkeit oder durch Sonderangebote in Form von Behindertentreffs und Behindertenfreizeiten sowie in Form von tagesstrukturierenden Maßnahmen der Sondereinrichtungen.

Auf Initiative der Aktion Menschenstadt finden daher im gesamten Stadtgebiet, meist in kirchlichen Räumen, integrative Kinder- und Jugendgruppen, Spiel- und Sportveranstaltungen, sowie Freizeitangebote für Erwachsene mit Behinderung statt. Ferner werden integrative Ferienfreizeiten für alle Altersgruppen angeboten und Urlaubsgemeinschaften organisiert.

»Statt Behindertenarbeit zu betreiben, geht es darum, Leben zu entwickeln und Kultur zu gestalten und beides so zu tun, dass das Leben und die Gemeinschaft in Vielfalt alle bereichert« (ebd., 33). Die Freizeitangebote wie auch die anderen Projekte der Aktion Menschenstadt sind eingebettet in die Entwicklung des Nachbarschafts- und Gemeindelebens und der Stadtteilkultur. Eine Förderung solcher Gemeinwesenarbeit ist gleichzeitig politische Forderung der Aktion Menschenstadt.

| Lebensbereich Wohnen

In erster Linie sollen die Wohnangebote den Wünschen der Menschen mit Behinderung entsprechen. Entscheidungsfreiheit und Selbstbestimmung gelten auch für den Bereich »Wohnen«. So steht es jedem frei, sich zu einem Leben in einer eigenen Wohnung zu entschließen. Dies soll durch entsprechende Assistenz der FID ermöglicht werden. Für Menschen, die eine ständige Betreuung brauchen, bietet die Aktion Menschenstadt Wohn- und Lebensgemeinschaften von Menschen mit und ohne Behinderung nach dem Beispiel der Gemeinschaften der internationalen Arche-Bewegung¹ an. Darunter versteht man Gemeinschaften in familienähnlicher Form inmitten allgemeiner Wohnnachbarschaften als integrativer Bestandteil des Gemeinwesens und der Gemeinde. Dabei orientiert sich die Arche-Bewegung am christlichen Geist der Achtung voreinander, des Willkommenseins aller, des Teilens und der Einfachheit (Arche 1995, 3). Die Gemeinschaft ist so zu gestalten, dass alle Beteiligten sowohl Gemeinschaft als auch Selbstbestimmung verwirklichen können. Für die beteiligten Kirchengemeinden sind ihre jeweiligen Wohngemeinschaften Ausdruck und Teil des Gemeindelebens und Verwirklichung des diakonischen Auftrags der Kirche.

Die Aktion Menschenstadt verbindet mit ihrem speziellen Auf- und Ausbau der beschriebenen Wohnformen die politische Forderung eines Belegungsstopps für Großeinrichtungen, Anstalten und Heime; sowie des Einsatzes personeller und finanzieller Mittel für individuelles assistenzgestütztes Wohnen (Lüpke 1994, 64).

| Lebensbereich Arbeit

»supported employment« – Tandem Arbeitsverhältnisse

Hinter diesem Begriff verbirgt sich ein Konzept arbeitsteiliger Zusammenarbeit von Menschen mit unterschiedlichsten Leistungsfähigkeiten. In vorhandenen Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes soll ein Mensch mit Behinderung zusammen mit seinem Assistenten auf einem Arbeitsplatz die erwartete Arbeitsleistung eines Arbeitnehmers als Gemeinschaftsleistung erbringen. Die Finanzierung setzt sich aus der Bezahlung der Arbeitsleistung und aus kommunaler oder staatlicher Besoldung der Assistenzarbeit zusammen.

Darüber hinaus fördert die Aktion Menschenstadt den Ausbau neuer integrativer Betriebe mit gemeinschaftlicher Produktion oder Dienstleistung, wie zum Beispiel in der Gastronomie, Land- und Gartenwirtschaft oder handwerklicher Produktion (Stoffdruck, Kerzenherstellung u. a.). Mit zwei

1. Die Arche-Bewegung geht auf Jean Vanier, geboren 1928, zurück. Er gründete 1964 eine erste Arche-Lebensgemeinschaft in Trosly bei Paris, indem er selbst zwei Männer mit einer geistigen Behinderung in sein Haus aufnahm. Das Beispiel seiner Gemeinschaft hat zu einer weltweiten Bewegung geführt.

integrativen Cafés in Essen hat die Aktion Menschenstadt ihre Aktivitäten an diesem Punkt bereits begonnen.

Die Zusammenarbeit der Verschiedenen in gemeinsamen Betrieben wird als Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt gesehen. Konkurrenzkampf, Leistungsdruck und Interesse an ständiger Profitsteigerung hinterlassen in allen Bereichen der Arbeitswelt viele Verlierer/innen – nicht nur unter den Menschen mit Behinderung. Klaus von Lüpke vermutet, dass die Mehrheit der Arbeitnehmer/innen unter den Strukturen leidet. Daher läge es auch in ihrem Interesse, sich mit Menschen mit Behinderung zu verbünden, um die Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse zu verändern (ebd., 51). »Hinter der Aussonderung von Menschen mit Behinderung steht die gleiche Gesetzmäßigkeit wie bei der Benachteiligung der Frauen, der Aussonderung der Arbeitslosen, der Unterdrückung der Sozialhilfeempfänger, der Isolierung alter Menschen. Es ist die Gesetzmäßigkeit, dass die Verarmung der einen der Bereicherung der anderen dient, dass die Benachteiligung der einen die Privilegien der anderen vergrößert, und dass diejenigen, die die Macht dazu haben, sich das Recht nehmen, einseitig zu ihrer Profitmaximierung und Machterweiterung zu handeln« (ebd.).

In diesem Kontext ist auch der Leistungsbegriff zu kritisieren, wonach einseitig das »als Leistung honoriert wird, was dem Profit dient, ohne die sozialen und ökologischen Kosten in die Leistungsbewertung einzubeziehen« (ebd.). Er plädiert für eine neue Definition von Leistung. Danach sei das als Leistung anzuerkennen, »was mit anderen Menschen gemeinsam erarbeitet wurde und was allen und der gemeinsamen Zukunft dient« (ebd., 52). Die Erkenntnis der Gleichheit der Verschiedenen führt zu der Einsicht, dass alle Menschen zu Leistungen befähigt sind: zu unterschiedlichen Leistungen, die aber als gleich zu achten sind.

Die Erneuerung der Arbeitsverhältnisse beginnt mit der Veränderung des Leistungsmaßstabes und des Arbeitsbegriffs. Sie zielt auf die Humanisierung der Arbeitswelt für alle und die Überwindung der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Der Ausbau integrativer Arbeit bewirkt in erster Linie keine Kostenenerhöhung, wohl aber eine Kostenverschiebung.

Hier wird deutlich, wie die Kritik am Menschenbild dieser Gesellschaft unweigerlich zur Kritik an den gesellschaftlichen Strukturen führt, die es produzieren. Und wie umgekehrt ein verändertes Menschenbild zum Aufbruch in neue Verhältnisse drängt.

Modellprojekt »Bürgerjahr«²

Das Bürgerjahr ist ein soziales Praxisjahr, in dem der Praktikant ein Bruttogehalt von 1800,- DM erhält. Es soll eine sinnvolle und praktikable Alternative zur Arbeitslosigkeit bieten und ein allgemein menschliches und soziales Bildungsjahr darstellen. Der Bürgerjahreinsatz spart grundsätzlich solche

2. Die Angaben zum Bürgerjahr sind, soweit nicht anders gekennzeichnet, dem Traktat: »Bürgerjahr – Modellprojekt – Soziales Praxisjahr mit Bürgereinkommen« (Behinderterreferat 1998) entnommen.

Arbeitsinhalte aus, für die es schon tariflich bezahlte Arbeitsplätze gibt. Im Rahmen der Projekte der Aktion Menschenstadt dient das Bürgerjahr in besonderer Weise dem bedarfsgerechten Ausbau der persönlichen Assistenzdienste für Menschen mit Behinderung und der Entwicklung von integrativen Arbeitsprojekten, in denen Menschen mit und ohne Behinderung in Tandem-Form zusammenarbeiten.

Die Behindertenarbeit ist ein mögliches Praxisfeld unter vielen anderen. Bürgerjahr-Praxis kann auch in weiteren sozialen und kulturellen sowie ökologischen Aufgabenbereichen entwickelt werden. – Mit dem Schwerpunkt auf sozialer, kultureller und ökologischer Gemeinwohlarbeit liegt die Bürgerjahr-Praxis im sog. dritten Sektor des Arbeitsmarktes. Verschiedene Übergangs- und Verbindungsmöglichkeiten von Bürgerarbeit zur Arbeit auf dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt sind denkbar. Denn es können neue Angebote und Produkte mit neuer Qualität entwickelt werden, für die ein Markt und kostendeckende Marktpreise erschlossen werden. Ferner erleichtert der Nachweis des Engagements und des Erfahrungsgewinns im Rahmen des Bürgerjahrs die Einstiegs- oder Wiedereinstiegschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Letztlich kann die Bürgerarbeit auch Motivation und Kompetenz verstärken für ein ehrenamtliches Engagement über das Jahr hinaus. Erste Praxiserfahrungen des Stadtkirchenverbandes in Essen seit 1996 belegen eine große Nachfrage nach Mitarbeit in Form des Bürgerjahres zu den genannten Bedingungen. Ein solches Jahr führt zu einem nachhaltigen Gewinn an Erfahrungen, an Verantwortlichkeit, an sozialer Kompetenz, an eigener Integration und Zufriedenheit. Ein Mut machendes Beispiel gelebter Integration und Partizipation – ein Zeugnis von der Würde des Menschen! Nicht nur die sog. Schwachen brauchen die Starken – offenbar ist es auch umgekehrt. Die Benachteiligten und Ausgegrenzten bilden ein segensreiches Korrektiv zu den Normen und Werten der gesellschaftlichen Insider. Integration erscheint zudem als ein dialogischer Lernprozess eines jeden Menschen in der Auseinandersetzung mit sich selbst, mit anderen und Andersartigen sowie mit der Gesellschaft und ihren Strukturen. Sie erlaubt jedem Einzelnen auch die persönliche Integration sog. negativer von Leiden oder Verlust gezeichneter Phasen in sein eigenes Leben sowie die kritische Reflexion lebensfeindlicher gesellschaftlicher Standards und Entwicklungen. So trägt die volle Teilhabe aller an der menschlichen Gemeinschaft zu einer Humanisierung der Gesamtgesellschaft bei.

Literatur

- ARCHE INITIATIVE ESSEN E.V. (Hg.), Arche Gemeinschaften. Das Konzept, Essen 1995.
 BACH, ULRICH, Getrenntes wird versöhnt, Neukirchen-Vluyn 1991.
 BARTH, KARL, Christliche Ethik, München 1946.
 BARTH, KARL, Kirchliche Dogmatik IV/ 3. 1, Zürich 1959.
 BEHINDERTENREFERAT des Evangelischen Stadtkirchenverbandes Essen (Hg.), Traktat: »FID« Familienunterstützungs- und Integrationsförderungs-Dienste für Menschen mit Behinderung, Essen 1998.
 DEUTSCHE BISCHOFSKONFERENZ/RAT DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND, Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Gemeinsame Texte 9, Hannover 1997.

LÜPKE, KLAUS VON, Nichts Besonderes, Essen 1994.

LÜPKE, KLAUS VON, Arbeitspapier Aktion Menschenstadt, Essen 1996.

LÜPKE, KLAUS VON, Ich habe einen Traum von einer menschlicheren Stadt, Essen 1997.

STROHM, THEODOR, Theologie der Diakonie in der Perspektive der Reformation, in: Strohm, Theodor/Philippi, Paul (Hg.), Theologie der Diakonie, Heidelberg 1989, 175-208.